



Impulse gegen Rechtsextremismus

Antisemitismus als Herausforderung für Politik und Gesellschaft

Zusammenfassung einer Konferenz am 17.11.2009 in Berlin

Einleitung

Den Kampf gegen Antisemitismus zu verstärken und jüdisches Leben in Deutschland weiter zu fördern, fordert die sogenannte „Antisemitismus-Resolution“ des Deutschen Bundestages vom 4. November 2008. Die hohe Zahl antisemitisch motivierter Straftaten und vor allem das Fortbestehen von antisemitischen Vorurteilen und Klischees im öffentlichen Diskurs machen immer wieder deutlich, wie dringend Politik und Gesellschaft handeln müssen. Hierbei stellt der Antisemitismus nicht nur eine Bedrohung für Jüdinnen und Juden dar, sondern gefährdet unsere Demokratie und ihre gesellschaftlichen Grundwerte.

Was ist geschehen seit der „Antisemitismus-Resolution“? Welche Ziele sind erreicht, welche Schritte noch zu gehen? Welche Rolle spielt die Politik im Kampf gegen Antisemitismus? Welche Ansätze zivilgesellschaftlicher Arbeit haben sich bewährt?

Ein Jahr nach der Resolution luden das Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ des Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung und das Anne Frank Zentrum in einer gemeinsamen Konferenz zum konstruktiven Austausch über wirksame Strategien für Demokratie und gegen Antisemitismus in Politik und Gesellschaft.

Die Vorträge und Diskussionen der Konferenz sind im Folgenden zusammengefasst.



An der Konferenz nahmen u.a. teil:

- *Aycan Demirel*, Leiter der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e.V.
- *Martin Gerster*, Mitglied des Deutschen Bundestages
- *Thomas Heppener*, Direktor des Anne Frank Zentrums
- *Sergey Lagodinsky*, Sprecher des Arbeitskreises jüdischer Sozialdemokraten
- *Annetta Kahane*, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung
- *Dr. Barbara Schäuble*, Universität Kassel
- *Dr. Christian Staffa*, Geschäftsführer von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
- *Dr. Juliane Wetzel*, Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin

Die Veranstaltung war eine Kooperationsveranstaltung mit dem

Anne Frank
ANNE FRANK ZENTRUM



Vortrag Dr. Juliane Wetzel:

Aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus

In einem ersten Eingangsvortrag zeigte *Dr. Juliane Wetzel* vom Zentrum für Antisemitismus-Forschung der Technischen Universität Berlin aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus auf. Antisemitismus sei, entgegen der weit verbreiteten Annahme, nicht auf den Rechtsextremismus beschränkt, sondern auch in der Linken und in der Mitte der Gesellschaft zu finden. Er beschränke sich nicht auf bestimmte Schichten oder Altersgruppen. Antisemitismus trete heute auf vielfältige Weise auf: Er speise sich zwar aus bekannten Traditionen, das heißt aus dem christlichen Antijudaismus und dem modernen Antisemitismus, der im Nationalsozialismus zur systematischen Verfolgung und Vernichtung geführt hat. Gleichwohl hätten sich zudem auch neue, subtilere Erscheinungsformen herausgebildet. So sei der sogenannte sekundäre Antisemitismus die Reaktion auf die Verfolgung und den Völkermord. Dieser äußere sich vor allem darin, dass den Juden selbst die Schuld an ihrer Verfolgung zugewiesen würde, sowie in dem Vorwurf, Jüdinnen und Juden würden ihre Opferrolle ausnutzen. Des Weiteren sei eine heute verbreitete Spielart des Antisemitismus der Antizionismus, der die Grenze einer legitimen Kritik überschreite und Israel und Israelis diskreditiere. Zusätzlich dazu gebe es in der arabischen Welt sowie bei Migratengruppen mit muslimischem Hintergrund – nach einem Begriff des Islamwissenschaftlers Michael Kiefer – einen „islamisierten Antisemitismus“. Dazu kämen auch andere Trägerschichten, etwa Menschen mit Migrationshintergrund aus osteuropäischen Ländern.

Bei aller Vielfalt und trotz aller Veränderungen sei dies kein „neuer“ Antisemitismus, sondern der gleiche alte, der sich an neue gesellschaftliche Entwicklungen anpasse und aktuelle Ereignisse etwa im Zusammenhang mit dem

Nahostkonflikt aufgreife. Gerade diese Anpassungen sorgten dafür, dass die bestimmenden Elemente und Stereotypen des traditionellen Antisemitismus erhalten blieben, wie etwa die Vorstellung einer jüdischen (Welt-)Verschwörung oder das Phänomen eines „Antisemitismus ohne Juden“ (d. h. Antisemitismus existiert auch ohne die physische Präsenz von Juden).

Formen, Trägerschichten und Stereotype des Antisemitismus

Zusammenfassend unterschied *Wetzel* vier Formen des Antisemitismus:

- Christliche Judenfeindschaft (Antijudaismus)
- Moderner Antisemitismus (rassistischer Antisemitismus)
- Sekundärer Antisemitismus (Schuldverdrängung und -projektion sowie der Vorwurf, die Juden würden ihre Opferrolle ausnutzen)
- Antizionismus (antisemitische Israel-Diskreditierung)

In allen dieser Formen fänden sich die wesentlichen Elemente und Stereotypen des Antisemitismus (s. u.), auch dort, wo er sich an neue gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen anpasse (Nahost-Konflikt) oder in Gestalt neuer Trägerschichten auftrete.

Zu den Hauptträgerschichten des Antisemitismus gehören neben Rechtsextremisten der bürgerliche Mainstream der Gesellschaft, Teile der Linken und Menschen mit Migrationshintergrund aus der arabischen Welt, der Türkei, aber auch aus Osteuropa und Russland.

Zu den zentralen antisemitischen Stereotypen zählen:

- Die Weltverschwörung (Beherrschung der Finanzwelt und der Medien)
- Holocaustvergleiche/-relativierungen/-verharmlosungen bis hin zur Leugnung
- Antisemitismus in Verbindung mit Anti-Amerikanismus
- Entschuldungsstrategien (Wiedergutmachung, Umerziehung, sekundärer Antisemitismus)
- Islamisierter Antisemitismus

Zentrale Erkenntnisse der Antisemitismusforschung

Wetzel betonte, dass es kennzeichnend für den Antisemitismus sei, dass er auch ohne die Präsenz von Jüdinnen und Juden funktioniere, wie beispielsweise in Polen, wo

kaum noch Menschen jüdischen Glaubens leben. Insbesondere das Bild einer jüdischen Weltverschwörung lebe geradezu davon, stets „die Juden“ hinter den Kulissen zu vermuten. Gerade weil Antisemitismus in der gesellschaftlichen Breite auftrete, müsse auch seine Bekämpfung eine „Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft“ sein. Gleichsam fatal sei seine Reduzierung auf ein Problem der Jugend: In der älteren Generation sei der traditionelle Antisemitismus sogar verbreiteter als in der jüngeren; Antizionismus wiederum sei in allen Altersgruppen gleichermaßen zu finden. Eine wichtige Rolle bei der Verbreitung antisemitischer Stereotype spielten die Medien, vor allem Presse und TV sowie das Internet (Websites, Blogs, Web 2.0) und Musik, Video/DVD. Besonders antisemitisch träten ausländische, vor allem arabische TV-Sender auf, die über SAT zu empfangen sind. Daher sei insbesondere die Vermittlung von Medienkompetenz wichtig im Kampf gegen Antisemitismus.

Antisemitische Einstellungen und Gewalt- und Straftaten

Wetzel zeigte anhand von Umfrageergebnissen einer Studie der Universität Bielefeld vom November 2009 die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung im europäischen Vergleich auf: Den „Europäischen Zuständen“ zufolge sei Antisemitismus in allen acht untersuchten Ländern verbreitet. Besonders hohe Werte träten in Polen und Ungarn sowie in Spanien auf, Deutschland liege im Durchschnitt im unteren Drittel, d. h. bei etwa 15–20 % – davon könne man bei 5–6 % einen „manifesten Antisemitismus“ feststellen. Diese Ergebnisse mit Blick auf Einstellungen in Deutschland seien bereits seit 30 Jahren stabil, das gelte seit 2001 auch für antisemitische Gewalt- und Straftaten. Seit 2001 seien zwischen 40 und 60 antisemitische Gewalttaten und ca. 1 500 antisemitische Straftaten jährlich zu verzeichnen. Sie korrelierten mit dem tagespolitischen Geschehen, insbesondere mit Ereignissen im Nahen Osten.

Vortrag Martin Gerster, MdB:

Antisemitismusbekämpfung als zentrale Aufgabe der Politik

Martin Gerster, Mitglied des Deutschen Bundestages, äußerte zunächst seine Besorgnis darüber, dass angesichts der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des Mauerfalls das Gedenken an den 9. November 1938 etwas in den Hintergrund gerückt sei. Dabei erfordere dieses Datum eine besondere Aufmerksamkeit, schließlich sei dies „ein Tag



der Mahnung, der Erinnerung und des Gedenkens“. Er unterstrich, dass Antisemitismus keine zwölfjährige Phase gewesen sei, sondern sich vielmehr seit Jahrhunderten weltweit durch die Geschichte ziehe und in den letzten Jahren zugenommen habe. Dass Antisemitismus durchgängig und weltweit auftrete, dürfe allerdings nicht zu seiner Relativierung führen: „Deutschland hat eine ganz besondere Verantwortung, die aus seiner Geschichte resultiert.“ Es sei schlicht schrecklich, dass jede/r Fünfte oder Sechste in Deutschland der Meinung sei, „Juden haben zu viel Einfluss“! Die Tatsache, dass jede/r Fünfte oder Sechste in Deutschland der Meinung ist, „die Juden kümmern sich um nichts als um sich selbst“, sei für ihn ein Aufruf zum Handeln. Auch die Erfahrungen aus seinem Wahlkreis hätten ihm gezeigt, wie weit Antisemitismus in der Bevölkerung verbreitet ist. Gerster unterstrich daher die Notwendigkeit der Debatte anlässlich des 70. Jahrestages der Novemberpogrome und der Resolution.

Gerster zog eine positive Bilanz der bisherigen Maßnahmen, die vonseiten der Politik gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus getroffen wurden. Unter der Regierung von Gerhard Schröder seien die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus auf den Weg gebracht worden. Dadurch seien „tolle Initiativen und Projekte vor Ort“ entstanden – also genau dort, wo der Kampf gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus ansetzen müsse. Die Mittel dafür seien dann unter der großen Koalition verlängert worden, wenn auch unter erheblichen Schwierigkeiten. Zurzeit stehe die Zukunft dieser Mittel jedoch zur Debatte, trotz des nach wie vor dringlichen Handlungsbedarfs, den Kampf gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus zu stärken.

Von der Resolution und dem Expert/innen-Gremium erwartet Gerster eine neue Ebene im Kampf gegen Antisemitismus: Er unterstrich fünf zentrale Punkte:



1. Das Expert/innen-Gremium soll jährlich einen Bericht erstellen und Empfehlungen zur Bekämpfung des Antisemitismus geben.
2. Der Aufbau und die Pflege jüdischer Einrichtungen sollen mit Haushaltsmitteln des Bundes unterstützt werden.
3. Die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus sollen nach einer Evaluierung verbessert, verstärkt und verstetigt werden.
4. Jüdischer Glaube und jüdische Kultur, jüdische Geschichte und jüdisches Leben sollen in die Lehrpläne der Schulen eingehen.
5. Die Verbreitung antisemitischer Inhalte durch ausländisches Satelliten-TV soll beendet werden.

Das Expert/innen-Gremium sei auf einem guten Weg und in den Bundesländern liefen bereits die Gespräche zur Verankerung jüdischen Lebens in den Lehrplänen, so *Gerster*. Sehr bedenklich dagegen sei die Situation, in der sich die Programme gegen Rechtsextremismus nach der Bundestagswahl befinden würden. Gruppen und Initiativen, die seit Jahren vor Ort erfolgreich aktiv sind, hätten kontinuierlich mit ihrem befristeten Status zu kämpfen. Unter den Bedingungen ständiger Ungewissheit sei eine langfristige und nachhaltige Arbeit kaum möglich – gerade auf die Langfristigkeit und Nachhaltigkeit komme es aber an. Die SPD hatte daher in ihrem Regierungsprogramm eine entsprechend langfristige finanzielle Förderung dieser Gruppen und Initiativen vorgesehen. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP finde sich dazu zwar eine kleine Passage, aber in ihr sei nur von einer allgemeinen Bekämpfung des Extremismus die Rede, also von einem Kampf gegen Extremismus von Rechts, Links sowie gegen Islamismus gleichermaßen. De facto sei das eine Relativierung, während sich von Antisemitismus im eigentlichen Sinne kaum ein Wort finde. Die drängende Frage nach der Verstetigung der Mittel würde nicht ge-

stellt. *Gerster* befürchtet, dass die zu erwartenden Kürzungen gerade hier ansetzen würden. Gerade Städte und Gemeinden würden die Mittelkürzungen spüren und wären eventuell gezwungen, ihren Pflichtbereich auf Kosten freiwilliger Leistungen abzusichern. Das ginge auch auf Kosten von Initiativen, die durch Bundesprogramme wie „Vielfalt tut gut“ gefördert werden, wodurch letztendlich auch der Kampf gegen Antisemitismus leide. Wir alle seien daher „aufgefordert, ein Bündnis zu schmieden, das aufpasst, dass die Gruppen und Initiativen eine solide Basis erhalten!“

Abschließend zeigte sich *Gerster* erfreut darüber, dass jüdisches Leben in Deutschland zurückkehre und dass sich die Zahl der Gemeinden und Synagogen in den letzten Jahren vervielfacht habe: „Dies zu fördern, zusammen mit der Unterstützung der Initiativen und Gruppen vor Ort, das sind wichtige Pfeiler bei der Bekämpfung des Antisemitismus.“

Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken!? 1 Jahr nach der Resolution des Bundestages

In der anschließenden Podiumsdiskussion wurden erste Erfahrungen mit der Resolution und dem Expert/innen-Gremium und notwendige nächste Schritte diskutiert. Auf dem Podium saßen hierzu:

- *Dr. Juliane Wetzel*, Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin
- *Martin Gerster*, Mitglied des Deutschen Bundestages
- *Sergey Lagodinsky*, Sprecher des Arbeitskreises jüdischer Sozialdemokraten
- *Thomas Heppener*, Direktor des Anne Frank Zentrums

Bewertung der Resolution und Einschätzung ihrer Umsetzung

Grundsätzlich wurden Resolution und Expert/innen-Gremium von allen Teilnehmer/innen einhellig begrüßt. Der Direktor des Anne Frank Zentrums, *Thomas Heppener* hob jedoch hervor, dass die Resolution in manchen Punkten „zu kurz gegriffen“ sei. Daher seien auch die Anstrengungen verschiedener Institutionen für deren Weiterentwicklung notwendig gewesen. *Heppener* verwies beispielsweise auf die „Stellungnahme zur Resolution“ verschiedener Akteure gegen Antisemitismus (s. S. 8). Dabei ist es nötig, die Geschichte des Antisemitismus über die Shoah hinaus in den Blick zu nehmen. Besser wäre es gewesen, schon vor der Resolution Wissenschaft und Praxis stärker einzubeziehen; deren Erfahrungen ergeben zum Teil ein anderes Bild als das in der Resolution gezeichnete. Die Resolution werde zwar insgesamt die Arbeit gegen Antisemitismus stärken, gleichwohl komme es noch auf eine sinnvolle praktische Umsetzung an. Gelder für laufende Projekte seien beispielsweise sofort notwendig und die Bekämpfung des Antisemitismus dürfe nicht allein den Extremismus betreffen, sondern müsse alle gesellschaftlichen Bereiche umfassen.

Auch *Sergey Lagodinsky*, Sprecher des Arbeitskreises jüdischer Sozialdemokraten, sieht noch Lücken in der Resolution. In ihr träten bisher nur Institutionen auf, es fehle dagegen ein Bekenntnis zu den einzelnen jüdischen Menschen, zu ihrem individuellen Lebensweg (der zugleich eine Einwanderungsgeschichte einschließt) und zu kurz käme generell die Perspektive der Betroffenen. Auch das Vorhaben der neuen Koalition, die Bekämpfung des Rechtsextremismus mit der des Linksextremismus zusammenzulegen, entspreche nicht der Situation der von Antisemitismus Betroffenen. *Gerster* betont, dass der Kampf gegen Antisemitismus als gesamtgesellschaftliche Auf-

gabe nicht durch das Einsetzen eines Gremiums vollends ausgelagert und an externe Expert/innen delegiert sei. Zwar bestehe beim Thema Antisemitismus für die Politik eine „gewisse Ohnmacht“, im Falle der Resolution und des Gremiums seien aber gerade durch externe Expert/innen Impulse für Politik und Praxis zu erwarten.

Die Aufgaben des Expert/innen-Gremiums

In der Diskussion um die Rolle des Expert/innen-Gremiums stand das Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Praxis im Mittelpunkt. *Wetzel*, selbst Mitglied im Gremium, gab zunächst einen Einblick in den aktuellen Stand der Dinge: Die Gruppe besteht aus zehn Expert/innen und hat sich bereits zweimal getroffen; 2011 wird sie den ersten Bericht vorstellen. Auf den für nächstes Jahr geplanten Tagungen wird es zunächst um eine Bestandsaufnahme gehen, d.h. um das Erörtern und Beheben von Forschungs- und Erkenntnislücken sowie um Berichte aus anderen Ländern und ihre Auswertung. Dabei betonte *Wetzel*, dass das Gremium vor allem ein Vermittler zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis sei. Es sei weder diejenige Instanz, die darüber entscheide, was antisemitisch sei und was nicht, noch solle es zu allen tagespolitischen Ereignissen Stellung nehmen. Das Gremium solle Meinungsumfragen auswerten und beurteilen, Defizite in Wissenschaft und Forschung aufzeigen und beheben sowie Probleme im Umgang mit dem Antisemitismus benennen und Politik und Praxis Anregungen geben.

Gerster geht davon aus, dass die Empfehlungen und Berichte des Expert/innen-Gremiums ressortübergreifend von der Politik diskutiert werden und dass daraus entsprechende Anträge und Initiativen hervorgehen werden. *Lagodinsky* unterstrich die Notwendigkeit, dass das Gremium zunächst den vorhandenen Antisemitismus untersuchen müsse, um angemessen reagieren zu können. Er



hob insbesondere die Forschungslücken etwa bezüglich des Antisemitismus unter Migrant/innen und auch des unsicheren Umgangs mit dem Thema der breiten Bevölkerung hervor.

Heppener betonte, dass es mit dem Gremium insbesondere auch für die Zivilgesellschaft einen Mehrwert gebe: einen Ansprechpartner. Zwar gebe es bereits eine fruchtbare Zusammenarbeit verschiedener Institute und Gruppen, zu denen beispielsweise auch das Fritz Bauer Institut und das American Jewish Committee gehörten, aber knappe Mittel, Zeitmangel und fehlende Planungssicherheit behinderten oft die Arbeit. Dennoch gebe es beispielsweise gut ausgearbeitete und erprobte bildungspolitische Konzepte gegen Antisemitismus.

Fazit

Die Diskutant/innen waren sich darin einig, dass Antisemitismus in allen gesellschaftlichen Bereichen zu finden sei und seine Bekämpfung dementsprechend eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft sei. Das bedürfe der langfristigen und nachhaltigen Förderung der Initiativen und Projekte vor Ort – genau diese Art der Förderung sei unter der neuen Bundesregierung allerdings bedroht. Als Hauptaufgabe des Expert/innen-Gremiums wurde einheitlich die wissenschaftliche Arbeit und deren Vermittlung hervorgehoben. Darüber hinaus werden eine allgemeine Stärkung und Unterstützung der Arbeit gegen Antisemitismus sowie Impulse für Politik und Praxis erwartet.

Antisemitismus als Herausforderung für die politische Bildung

In einer sogenannten „Fishbowl“-Diskussion diskutierten Vertreter/innen verschiedenster Einrichtungen ihre Ansätze der politischen Bildungsarbeit gegen Antisemitismus. Als Diskutant/innen gehörten dem Fishbowl an:

- *Aycan Demirel*, Leiter der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e.V.
- *Annetta Kahane*, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung
- *Dr. Barbara Schäuble*, Universität Kassel
- *Dr. Christian Staffa*, Geschäftsführer von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

In der von der Journalistin Shelly Kuperberg moderierten Runde waren stets zwei Stühle für die Teilnehmer/innen der Konferenz reserviert, die sich engagiert in die Diskussion einbrachten.

Die Auswirkungen der Resolution auf die praktische Arbeit

Die Fishbowl-Teilnehmer/innen berichteten übereinstimmend, dass die Resolution zwar bislang keine unmittelbaren Auswirkungen auf ihre alltägliche praktische Arbeit habe, gleichwohl bedeute sie eine Anerkennung dieser Arbeit. Die Resolution sei wichtig, weil dadurch das Problem des Antisemitismus, aber auch die Bedeutung seiner bildungspolitischen Bekämpfung sowie deren aktueller Stand in den öffentlichen Raum und ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangten. Die Akteure machten allerdings auch deutlich, dass es für sie vor allem auf die prak-



tische Umsetzung ankomme. Zwei Punkte wurden in diesem Zusammenhang wiederholt betont:

- Das öffentliche Bekenntnis der Politik zum Kampf gegen den Antisemitismus muss Eingang in die alltägliche Arbeit finden; hier muss das Engagement verankert und verstetigt werden. Das betreffe insbesondere die (pädagogische) Arbeit in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Vereinen, Verbänden, Kirchen etc.
- Diese Arbeit muss langfristig finanziell gefördert und abgesichert werden.

Praktische Arbeit gegen Antisemitismus

Die bildungspolitische Arbeit gegen Antisemitismus bringt besondere Anforderungen mit sich: Einerseits ist sie eine Querschnittsaufgabe unserer Gesellschaft und muss Eingang und Verankerung in die alltägliche, bildungspolitische und pädagogische Arbeit finden, andererseits bedarf das Thema spezieller Kenntnisse sowie der besonderen Vorbereitung und methodischen Durchführung. Auch die pädagogische Vermittlung unterscheidet sich vom gewohnten Schulunterricht. Folgerichtig sind die Akteure besonders gefordert, sei es bei der Erarbeitung geeigneter pädagogischer Konzepte oder bei ihrer Umsetzung und Anwendung oder im Zugang auf die jeweilige Zielgruppe.

Als Grundsätze einer erfolgreichen, zivilgesellschaftlichen Arbeit gegen Antisemitismus wurden herausgearbeitet: Antisemitische Einstellungen und Äußerungen müssen situationsspezifisch kontextualisiert werden, denn nur so kann angemessen auf sie reagiert werden. *Dr. Christian Staffa*, Geschäftsführer von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., unterstrich, dass in der Auseinander-



setzung mit Antisemitismus auch die christlichen Anteile seiner Wurzeln bewusst gemacht werden müssen. Dieser wichtige Aspekt fehle meist in bisherigen Ansätzen. Dabei müsse sich Didaktik gerade auch dieses Zusammenhangs annehmen, wenn Antisemitismus verstanden und effektiv bekämpft werden soll. *Aycan Demirel*, Leiter der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e.V., unterstrich, dass eine Pädagogik gegen Antisemitismus die Themen und Wahrnehmungen der Jugendlichen aufnehmen müsse: Es gelte auch, beispielsweise die Diskussion um den Nahostkonflikt oder die Kritik an ethnisch, national oder religiös begründeten Kollektividentitäten sowie islamistischen Antisemitismus oder Opferwahrnehmungen bei muslimisch geprägten Jugendlichen zum Gegenstand zu machen. Hier sei besondere Sensibilität der Pädagog/innen gefragt. Als besonders hilfreicher bildungspolitischer Ansatz wurde mehrfach die direkte, persönliche Auseinandersetzung hervorgehoben. Stereotype und Gefahren des Antisemitismus müssten unmittelbar und persönlich erfahrbar gemacht werden, forderte beispielsweise *Anetta Kahane*, die Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung. Das könnte über die Schilderungen von Überlebenden oder Gespräche mit Zeitzeugen oder Besichtigungen historischer Stätten geschehen, das können aber auch der bloße Austausch und die Begegnung zwischen jüdischen und nichtjüdischen Jugendlichen sein. Dabei spielt die Vor- und Nachbereitung und die intensive und sensible Begleitung durch die verantwortlichen Betreuer/innen eine besondere Rolle, so *Dr. Barbara Schäuble* von der Universität Kassel.

Die Konferenz schloss mit einem Worldcafé der Arbeit gegen Antisemitismus, in dem Vertreter/innen aus verschiedenen Projekten im Gespräch mit den Konferenzteilnehmer/innen ihre Arbeit vorstellten und in den Erfahrungsaustausch eintraten.



Worldcafés der Arbeit gegen Antisemitismus

„Folgende Tischgastgeber/innen bzw. Organisationen nahmen daran teil:“

- *Susanne Benizri*, likrat e.V. – Jugend & Dialog: Begegnung mit jüdischen Jugendlichen
<http://www.likrat.de/>
- *Matthias Müller*, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR): Antisemitismus in der Kommune
<http://www.mbr-berlin.de/>
- *Dr. Stephan Bundschuh*, Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA e.V.): Jugendarbeit in Auseinandersetzung mit Antisemitismus
<http://www.idaev.de/>
- *Dipl. Psych. Marina Chernivsky*, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST e. V.): Perspektivwechsel – Bildungsinitiative gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit
<http://www.zwst.org/de/>
- *Franziska Ehricht*, Miphgasch/Begegnung e.V.: Ansätze der interkulturellen historisch-politischen Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus und zum Nahost-Konflikt
<http://www.miphgasch.de/>
- *Gabriel Fréville*, amira – Antisemitismus im Kontext von Migration und Rassismus (Verein für demokratische Kultur e.V.): Kooperationsprojekte mit Migrant/innen-Organisationen und Jugendclubs
<http://www.amira-berlin.de/>
- *Dr. Martin Liepach*, Pädagogisches Zentrum des Fritz Bauer Instituts und des Jüdischen Museums Frankfurt a.M.: Jüdische Geschichte und Gegenwart und Nachkriegsgeschichte des Holocaust
<http://www.fritz-bauer-institut.de/>
- *Patrick Siegele*
Anne Frank Zentrum: Unterrichtsmaterialien gegen Antisemitismus
<http://www.annefrank.de/>

- *Dr. Gunda Ulbricht*, HATIKVA – Bildungs- und Begegnungsstätte für jüdische Geschichte und Kultur Sachsen e.V.: Verständnis für die Mörder? Die Täter/innen der Shoa im Unterricht
<http://www.hatikva.de/>

Die **Resolution** mehrerer Nichtregierungsorganisationen hinsichtlich der Umsetzung der Antisemitismus-Resolution finden Sie auf den Seiten des Anne Frank Zentrums unter www.annefrank.de/go/ngo-resolution.

Zum Autor:

Frank Engster ist Politikwissenschaftler, arbeitet freiberuflich in der politischen Bildung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und promoviert in Philosophie.

Das **Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“** im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet kontinuierlich Veranstaltungen, Publikationen und Seminare zu aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und zu effektiven Gegenstrategien an.

Die **Publikationsreihe „Impulse gegen Rechtsextremismus“** bündelt die wichtigsten Ergebnisse unserer Veranstaltungen. Wenn Sie auch zukünftige Ausgaben der „Impulse gegen Rechtsextremismus“ erhalten möchten, senden Sie bitte eine Email mit Ihren Kontaktdaten an forum.rex@fes.de.

Mehr Informationen zu der Veranstaltung und der Arbeit der FES für Demokratie und gegen Rechtsextremismus finden Sie unter www.fes-gegen-rechtsextremismus.de oder erhalten Sie gerne bei Nora Langenbacher (Nora.Langenbacher@fes.de).

Dieses Projekt wird gefördert aus Mitteln der DKLB-Stiftung.